



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 36/18 • 11.10.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche war es wieder soweit: Die European Week of Regions and Cities (EWRC) fand in Brüssel statt und auch Sachsen-Anhalt hat sich –wie schon regelmäßig seit über 10 Jahren - mit verschiedenen Partnern durch die Ausrichtung einer Veranstaltung an dem Event beteiligt.

Die EWRC startete im Jahr 2003, damals noch unter dem Label der „Open days“, als jährliches 4 –tägiges Oktober-Event während dem sich Regionen und Städte sowie Experten und Akademiker austauschen können über good practices und know-how auf dem Feld der regionalen und urbanen Entwicklung.

Ins Leben gerufen vom Ausschuss der Regionen und der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regio, bietet die EWRC mit einer beeindruckenden Vielzahl von Veranstaltungen eine Plattform zum politischen Austausch in Bezug auf die Entwicklung der europäischen Kohäsionspolitik und steigert das Bewusstsein der Entscheider dafür, dass Regionen und Städte eine bedeutende Rolle spielen für die Politik der Europäischen Union.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
VERTEILUNG





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäisches Parlament – Mehr EU-Filme: Neue Regeln für audiovisuelle Mediendienste	
• Europäische Kommission – Unterstützt Umwelt-Ausstellung ARTEFAKTE im Berliner Naturkundemuseum	
• Europäische Kommission – Diskussion mit Religionsvertretern über Zukunft der EU	
• Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse REGI (EP) und COTER (AdR) im Ausschuss der Regionen	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Weltlehrertag - Das kulturelle Erbe Europas ins Klassenzimmer bringen	
• Mitgliedstaaten einigen sich auf niedrigere Mehrwertsteuer für E-Books	
• Ihre Meinung ist gefragt - Fettsäuren in Lebensmitteln sollen weiter reduziert werden	
<u>Was, wann, wo</u>	10
• Sachsen-Anhalts Forschungsmultiplikatoren tagen in der Landesvertretung in Brüssel	
• Empfang zum Tag der deutschen Einheit in der Landesvertretung	
• Europäische Woche der Regionen und Städte – Sachsen-Anhalts Stimme bei der Eröffnungsveranstaltung	
• EWRC - VA Cohesion and societal Challenges: Success Stories for a more effective policy	
• Europaminister Rainer Robra lädt ein zum „Europaforum im Palais“	
<u>Ausschreibungen</u>	16
• Europäisches Solidaritätskorps - Zahlreiche neue Projekte können jetzt starten	
<u>Kontaktbörse</u>	17
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	20
• Tipp - Die Comic-Legende Spirou hat es nach Berlin verschlagen	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	23
<u>Impressum</u>	24



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament – Mehr EU-Filme: Neue Regeln für audiovisuelle Mediendienste



Am 2. Oktober hat das Parlament eine neue Richtlinie für TV und Videos angenommen. Ziel ist ein besserer Schutz für Kinder und ein Anteil europäischer Inhalte von 30% bei Videoabrufdiensten.

Die neuen Rechtsvorschriften gelten wie bisher für Rundfunkanstalten, werden aber auf Video-On-Demand- und Video-Sharing-Plattformen wie Netflix, YouTube, Facebook und Videoplattformen mit Live-Streaming ausgeweitet.

Die neuen Regeln sollen folgendes gewährleisten:

- **Besserer Schutz von Minderjährigen vor Gewalt, Hass, Terrorismus und schädlicher Werbung**

Die Anbieter audiovisueller Mediendienste sollten über wirksame Mechanismen zur Bekämpfung von Inhalten verfügen, die zu Gewalt, Hass und Terrorismus anstacheln. Pornografie und sinnlose Gewalt werden strengsten Regeln unterliegen. Die Verantwortung liegt nun bei den Video-Sharing-Plattformen, schnell zu reagieren, wenn Inhalte von Nutzern als schädlich gemeldet werden. Die Gesetzgebung sieht kein automatisches Filtern von hochgeladenen Inhalten vor – auf Wunsch des Parlaments jedoch müssen die Anbieter eine transparente und einfach zu handhabende Funktion schaffen, die es den Nutzern ermöglicht, problematische Inhalte zu melden oder zu kennzeichnen.

Das neue Gesetz verschärft die Vorschriften für Werbung, Produktplatzierung in Kinderprogrammen und Inhalte auf Video-on-Demand-Plattformen. Das Verhandlungsteam des Parlaments konnte auch einen Mechanismus zum Schutz personenbezogener Daten für Kinder durchsetzen. So muss gewährleistet werden, dass die von Anbietern audiovisueller Medien gesammelten Daten nicht für kommerzielle Zwecke wie etwa Profiling und auf das Nutzungsverhalten abgestimmte Werbung verwendet werden.

- **Neue Regeln für Werbezeiten**

Nach den neuen Regeln kann die Werbung maximal 20% der täglichen Sendezeit zwischen 6.00 und 18.00 Uhr einnehmen. Die Länge der Werbeblöcke lässt sich freier gestalten. Außerdem wurde ein Prime-Time-Fenster zwischen 18:00 und 0:00 Uhr festgelegt, in dem die Werbung ebenfalls nur maximal 20% der Sendezeit einnehmen darf.

- **Mindestens 30% europäische Inhalte in Katalogen von Video-on-Demand-Plattformen**

Um die kulturelle Vielfalt im europäischen audiovisuellen Sektor zu fördern, haben die Abgeordneten dafür gesorgt, dass 30% der Inhalte in den Katalogen der Video-on-Demand-Plattformen europäische Produktionen enthalten müssen.

Video-on-Demand-Plattformen werden auch aufgefordert, zur Entwicklung europäischer Produktionen beizutragen, entweder durch direkte Investitionen in Inhalte oder durch Beiträge zu nationalen Fonds. Die Höhe des Beitrags in jedem Land sollte im Verhältnis zu den entsprechenden Einnahmen dort stehen (in den Mitgliedstaaten, in denen sie ihren Firmensitz



haben oder den Mitgliedstaaten, auf deren Gebiet sie ganz oder größtenteils ausgerichtet sind).

Die Rechtsvorschriften enthalten auch weitere Bestimmungen, z. B. über die Zugänglichkeit, die Integrität des Signals eines Fernsehveranstalters, die Stärkung der Regulierungsbehörden und die Förderung der Medienkompetenz.

Die Vereinbarung muss noch vom Rat der EU-Minister formell angenommen werden, bevor das Gesetz in Kraft treten kann. Die Mitgliedstaaten haben 21 Monate nach dem Inkrafttreten Zeit, die neuen Vorschriften in nationales Recht umzusetzen.

Der Text wurde mit 452 Stimmen angenommen, bei 132 Gegenstimmen und 65 Enthaltungen.

• eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäische Kommission – Unterstützt Umwelt-Ausstellung ARTEFAKTE im Berliner Naturkundemuseum

Mit ihrer ungewöhnlichen Inszenierung stößt die Ausstellung ARTEFAKTE im Berliner Naturkundemuseum seit dem 8. Oktober einen Dialog über die Umwelt an und lädt Besucher dazu ein, miteinander und mit Wissenschaftlern und Experten ins Gespräch zu kommen. Für die Ausstellung wirft der Umweltmediziner Henry Fair einen Blick aus der Vogelperspektive auf Industriegebiete, Altlasten und Kohlebergbau und dokumentiert die teilweise katastrophalen Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Natur durch großformatige Bilder. **Gemeinsam mit**



Wissenschaftlern der Gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Center, JRC) **der Europäischen Kommission** zeigt die Ausstellung ARTEFAKTE die Herausforderungen, die hinter den Bildern stecken und wie Wissenschaft und Politik gemeinsam Lösungen erarbeiten. ARTEFAKTE soll zum Nachdenken, aber auch zum Handeln anregen. Wie wollen wir mit der Zukunft unseres Planeten umgehen? Was kann jeder einzelne tun? Was können wir als Gemeinschaft bewegen?

Gemeinsam mit Wissenschaftlern der Kommission identifiziert ARTEFAKTE die Herausforderungen hinter den Bildern und zeigt, wie Wissenschaft und Politik zusammenarbeiten, um Lösungen zu finden. Die Ausstellung zeigt, wie komplex einige dieser Probleme sind, dass es manchmal keine schnellen Lösungen gibt, und bezieht Stellung gegen „alternative Fakten“. Die Ausstellung ARTEFAKTE läuft bis September 2019.

Das [Joint Research Centre](#) (JRC) ist **der wissenschaftliche Dienst der Europäischen Kommission**. Die Aufgabe des JRC ist es, die EU während des gesamten Prozesses der politischen Entscheidungsfindung durch die Schaffung einer unabhängigen Faktengrundlage zu unterstützen.

Rund 2000 Wissenschaftler an sechs Standorten in Europa arbeiten daran, dass sich Politiker und Politikerinnen auf die besten verfügbaren Erkenntnisse stützen können, wenn sie wichtige Entscheidungen treffen müssen, die sich auf den Alltag der Europäischen Bevölkerung auswirken.

In der Ausstellung treffen wir auf zehn Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die uns erzählen woran sie arbeiten, was sie motiviert und welchen ganz persönlichen Beitrag sie leisten um die Welt ein kleines bisschen besser zu machen.



Während der Laufzeit von ARTEFAKTE gibt es immer wieder die Möglichkeit vor Ort in der Ausstellung live mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Experten und Expertinnen ins Gespräch zu kommen.

Die nächsten Termine von „Meet an Expert“ sind:

12. Oktober, 14:30 Uhr

„Erneuerbare Energien und Solarmodule“ mit Nigel Taylor, JRC - auf Englisch

14. Oktober, 14:30 Uhr

„Klimaänderung und CO₂-Nutzung“ mit Andres Mora und Jorge Almarza

21. Oktober, 14:30 Uhr

„Klimaänderung und CO₂- Nutzung“ mit Andres Mora und Jorge Almarza

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Website der Sonderausstellung ARTEFAKTE](#)

[Daily News vom 8. Oktober 2018](#)

Europäische Kommission – Diskussion mit Religionsvertretern über Zukunft der EU

Der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, hat am 8. Oktober mit acht ranghohen Vertretern verschiedener europäischer Religionsgemeinschaften über die Zukunft Europas diskutiert. Bei dem Dialog „Die Zukunft Europas: Herausforderungen durch konkrete Maßnahmen angehen“ ging es insbesondere darum, wie die EU mit Migration, sozialer Integration und der Nachhaltigkeit unserer Lebensweise umgeht.

Das Treffen baute auf dem hochrangigen Treffen mit religiösen Führern vom 7. November 2017 auf, das sich mit der Zukunft Europas befasst. Im Mittelpunkt standen die wichtigsten politischen Herausforderungen, vor denen Europa im nächsten Jahr steht, sowie die Zukunftsperspektiven für die Zeit nach den Wahlen zum Europäischen Parlament.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 08.10.2018](#)

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse REGI (EP) und COTER (AdR) im Ausschuss der Regionen

Im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte (EWRC) vom 8. bis 11. Oktober 2018 fand am 10. Oktober eine gemeinsam vom Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlamentes (EP) und von der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) des Ausschusses der Regionen (AdR) veranstaltete Sitzung statt. Ziel der Veranstaltung war es, einen **fachlichen Austausch** zwischen den Berichterstattern beider Institutionen zu den jeweiligen Stellungnahmen zu den Entwürfen der Kommission zur Kohäsionspolitik (KHP) nach 2020 zu ermöglichen.

Im Rahmen des Ausschusses wurde die Bedeutung der KHP als unabdingbare und in den EU-Verträgen verankerte Quelle für Solidarität, für gesellschaftliche Stabilität und für wichtige



Investitionen in vielen Regionen hervorgehoben. Man betonte die hohe Qualität der Kooperation zwischen AdR und EP als gute Grundlage für die Entwicklung schlagkräftiger Stellungnahmen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, der Städte und der Regionen. **Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu** setzte sich für eine starke KHP für alle Regionen als stärkster Ausdruck europäischer Solidarität ein. Zugleich müsse die Implementierung vereinfacht und verbessert werden, indem man zunehmend auf Ergebnisse achte, die die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können.

Die **Ko-Berichterstatterin** zur EP-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission für eine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020, **Constanze Krehl**, unterstrich die Bedeutung der Umsetzung der KHP durch lokale und regionale Behörden für die Effektivität der Politik. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Synergiepotenziale erhöhen und Vereinfachung auf allen Ebenen herbeiführen.

StS Dr. Schneider (Vorsitzender der EVP-Fraktion im AdR und Berichterstatter für die AdR-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission für eine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020) schloss sich den Ausführungen zur verstärkten Vereinfachung mit Verweis auf den aktuellen Bericht des Europäischen Rechnungshofs an. Letzterer zeige abnehmende Fehler- und zugleich Abflussquoten auf, was die Qualität der Verwaltung aber auch die Komplexität der Vorschriften verdeutliche. Um die Effektivität der Politik zu erhöhen, müsse man gewährleisten, dass die in den Regionen vorhandenen Probleme mit ausreichend Mitteln angegangen werden könnten. Daher lehne die AdR-Stellungnahme eine Reduzierung der Konfinanzierungssätze für die Strukturfonds ab, die sonst eine zusätzliche Haushaltsbelastung bewirken und in Zeiten strenger Haushaltsdisziplin und schwindender Ressourcen den EU-Mittelabfluss weiter dämpfen würden. In diesem Zusammenhang sei die Einrichtung eines auf regionale Verhältnisse ausgerichteten Sicherheitsnetzes unabdingbar, um etwaige Mittelkürzungen nach 2020 geringer ausfallen zu lassen. Ansonsten werde das bisher Erreichte grundlegend gefährdet. • *df*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Weltlehrertag - Das kulturelle Erbe Europas ins Klassenzimmer bringen

Zum UNESCO-Weltlehrertag am 5. Oktober stellte Bildungskommissar Tibor Navracsics ein **Toolkit für Lehrer in allen 24 Amtssprachen der EU** vor. Das Toolkit ist Teil des [Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018](#) und soll es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, den Wert des gemeinsamen europäischen Erbes zu entdecken und zu erforschen - sei es Literatur, Kunst, Denkmäler, Handwerk und Traditionen. Tibor Navracsics sagte: „Unser Motto für das Europäische Jahr lautet: "Kulturerbe - wo die Vergangenheit auf die Zukunft trifft" - wie könnte man dies besser unterstützen, als Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, ihr kulturelles Erbe kennenzulernen und zu schätzen? Ich freue mich, dass wir heute, am Weltlehrertag, unseren Lehrern die Mittel dazu an die Hand geben.“



Die Lernressource zum Kulturerbe **richtet sich an Schüler zwischen 10 und 15 Jahren** und soll Lehrern aller Fächer und Disziplinen helfen, über das Thema "kulturelles Erbe" im Klassenzimmer und außerhalb zu diskutieren. Die spielerischen und spannenden Aktivitäten sind eine Einladung, über die folgenden Fragen nachzudenken: Was ist Kulturerbe und warum ist es wichtig, es zu pflegen und zu erhalten? Warum wird das kulturelle Erbe über die nationalen Grenzen hinaus geteilt?

Das Toolkit ist [hier](#) verfügbar.

Die Kommission veröffentlichte am gleichen Tag auch den [Jahresbericht](#) ihres Eurydice-Netzwerks, in dem die Entwicklung der Lehrergehälter im Zeitraum 2016/2017 sowie die Unterschiede bei den Gehaltsbedingungen und der Gehaltsentwicklung in Europa dargestellt werden. • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

[Daily News vom 5. Oktober 2018](#)

Mitgliedstaaten einigen sich auf niedrigere Mehrwertsteuer für E-Books

Die Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten haben am 2. Oktober einen **Durchbruch bei der Mehrwertsteuer** erzielt. Unter anderem wurden die Mehrwertsteuersätze für elektronische Veröffentlichungen wie etwa E-Books, die derzeit in den meisten Mitgliedstaaten zum Normalsatz besteuert werden, an die günstigere Regelung für gedruckte Veröffentlichungen angepasst. Darüber hinaus einigte man sich auf neue Vorschriften zum Informationsaustausch und auf eine engere Zusammenarbeit zwischen nationalen Steuerbehörden und Strafverfolgungsbehörden. Betrug und Steuerhinterziehung in diesem Sektor dürften somit künftig schwieriger werden.

Nach den geltenden Mehrwertsteuervorschriften (Richtlinie 2006/112/EG) werden elektronisch erbrachte Dienstleistungen zum Normalsatz der Mehrwertsteuer, d.h. einem Satz von mindestens 15 Prozent, besteuert. Bei physischen Veröffentlichungen – Büchern, Zeitungen



und Zeitschriften – haben die Mitgliedstaaten derzeit die Wahlmöglichkeit, einen "ermäßigten" Mehrwertsteuersatz, d.h. mindestens 5 Prozent anzuwenden. Die neue Richtlinie wird es den Mitgliedstaaten, die dies wünschen, gestatten, auf elektronische Veröffentlichungen ebenfalls ermäßigte Mehrwertsteuersätze anzuwenden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [Kommission begrüßt Fortschritte auf dem Weg zu einem reformierten EU-Mehrwertsteuersystem](#)

[Vorschlag der Kommission für Reform des EU-Mehrwertsteuersystems](#)

[Vorschlag der Kommission für neue Steuervorschriften zur Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs](#)

[Vorschlag der Kommission für flexiblere Mehrwertsteuersätze](#)

[Vorschlag der Kommission zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs](#)

Ihre Meinung ist gefragt - Fettsäuren in Lebensmitteln sollen weiter reduziert werden

Die Kommission bittet Interessengruppen und Bürger [Online](#) um Feedback zu einem [vorläufigen Verordnungsvorschlag](#) zur Festlegung einer Höchstgrenze von Fettsäuren in Lebensmitteln. Die Kommission schlägt vor, eine Grenze von 2 g pro 100 g Fett in Lebensmitteln festzulegen. Der Vorschlag beruht auf einem [Bericht](#) aus dem Jahre 2015, Gesprächen mit Interessengruppen (NRO, Industrie...) und wissenschaftlichen [Studien](#) der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, die zeigen, dass hohe Anteile von Transfetten zu Gesundheitsrisiken führen können.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) betont in aktuellen Studien, dass die Aufnahme von Transfettsäuren so gering wie möglich sein sollte, um Gesundheitsrisiken zu vermeiden. Trotz Warnhinweisen in einigen mittel- und südeuropäischen Ländern ist der industrielle Transfettgehalt an vorverpackten Keksen, Kuchen und Waffeln seit Mitte 2000 nicht mehr signifikant gesunken. • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

[Die Daily News vom 05.Oktober](#)

[Online-Feedback zum Verordnungsvorschlag](#)

[Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#)



Sachsen-Anhalts Forschungsmultiplikatoren tagen in der Landesvertretung in Brüssel

Vom 25. bis zum 27. September 2018 konnte die Landesvertretung bereits zum sechsten Mal seit 2013 die EU-Forschungsreferentinnen und -referenten der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen Sachsen-Anhalts zu einem zweitägigen Informations-Workshop begrüßen, den sie gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung anbietet. Ziel der Veranstaltung war es, direkten Kontakt mit Europäischen Akteuren und einen fachlichen Austausch zu ermöglichen.

Die Vortragsreihe begann zunächst mit einem Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der EU-Initiativen zur Förderung der offenen Wissenschaft. Ein Vertreter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) umriss dabei den aktuellen Umsetzungsstand der European Open Science Cloud, die zusammen mit der von der Kommission (KOM) geplanten Änderung von Publikations- und Zertifizierungsstandards eine europaweite Bereitstellung von Forschungsdaten für Interessierte ermöglichen soll.

Eine Vertreterin der Generaldirektion (GD) Forschung führte zum Entwurf des nächsten Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“ der KOM aus, das wesentliche Teile des aktuellen Programms „Horizont 2020“ übernehme, zugleich aber auch neue Elemente wie einen missionsorientierten Ansatz oder einen Europäischen Innovationsrat einführe, die geeignet seien, gesellschaftliche Herausforderungen besser anzugehen oder die Förderung von bahnbrechender Forschung zu ermöglichen.

Im Anschluss schilderte eine Vertreterin der GD Regionalpolitik die Bedeutung der Synergien zwischen der EU-Forschungs- und Regionalpolitik, die sich in den regionalen Innovationssystemen bündeln lassen.

Als weiteres wissenschaftsrelevantes Thema wurde der aktuelle Entwicklungsstand der Initiative zum Aufbau europäischer Hochschulnetzwerke durch eine Vertreterin der GD Bildung dargestellt. Ziel des Vorhabens sei es, durch die Verfestigung von Kooperationsstrukturen zwischen Konsortien von jeweils 5–10 Universitäten anhand von Erasmus-Mitteln neue innovative Bildungs- und Forschungsansätze zu ermöglichen.

Ein weiterer Vertreter der GD Regionalpolitik führte zudem zur Zukunft der interregionalen Zusammenarbeit nach 2020 aus. Insbesondere habe man darauf abgezielt, eine gewisse Vereinfachung durch die Reduzierung der politischen Ziele und der Interreg B-Programme herbeizuführen und zugleich mit Blick auf die wachsende Bedeutung der Innovation ein neues Instrument eingeführt, um einschlägige interregionale Kooperationsvorhaben zu fördern.

Ein Vertreter des EU-Büros der Fraunhofer Gesellschaft stellte sodann die zu erwartenden Schwerpunkte des nächsten Forschungsrahmenprogramms aus Sicht der außeruniversitären Forschungseinrichtungen dar. Zu erwarten sei, dass das Budget von Horizont Europa unter dem von der KOM vorgeschlagenen Betrag liegen werde und dass die Verbundforschung verstärkt in den Bereich des Digitalen und der Sicherheitsforschung verschoben werde, während der missionsorientierte Ansatz nicht zwingend diese Art von Kooperationsstrukturen vorsehe.

Zuletzt führte eine Vertreterin der GD Regionalpolitik zum von der KOM vorgeschlagenen Instrument zur Förderung der interregionalen Innovationskooperation aus. Das auf dem Modell der Vanguard Initiative – einem Netzwerk zur Förderung der interregionalen Kooperation entlang der regionalen Innovationsschwerpunkte – basierende Förderinstrument



solle insbesondere anwendungsorientierte Forschung und Innovation fördern, um z.B. Demonstrations- und Pilotvorhaben durch interregionale Konsortien zu ermöglichen. Aufgrund der fachlichen Vortragsbreite und der positiven Rückmeldungen der Teilnehmer kann die Veranstaltung als gelungen betrachtet werden. Vorgesehen ist daher eine Folgeveranstaltung im Jahre 2019. •df

Empfang zum Tag der deutschen Einheit in der Landesvertretung

Am 4. Oktober 2018 veranstaltete die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland im Königreich Belgien gemeinsam mit den sechszehn Bundesländern, für die federführend in diesem Jahr die Hansestadt Hamburg zuständig war, einen Abendempfang anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt.



Mehrere hundert Gäste wurden durch **Botschafter Martin**



Kotthaus und die Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten, **Staatsrätin Dr. Annette Tabbara**, begrüßt. Belgien wurde durch **Vize-Premier Minister Jan Jambon** vertreten.

11



Botschafter Kotthaus betonte in seiner Rede die Bedeutung der EU für Frieden, Stabilität und Demokratie. Zu den bilateralen Beziehungen von Deutschland und Belgien sagte er: „Belgier und Deutsche teilen viele gemeinsame Werte und Überzeugungen. Für diese stehen beide Länder in Europa und in den kommenden zwei Jahren im VN Sicherheitsrat ein. Meine Familie und ich freuen uns, zurück in Belgien zu sein.“

Vize-Premier Minister Jambon drückte seine Wertschätzung für die deutsche Wiedervereinigung aus und ging speziell auf die Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Belgien ein. Auch äußerte er sich lobend zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Sachen innere Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. Der Minister hielt seine Rede komplett in deutscher Sprache – auch eine Form der Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland.





Staatsrätin Tabbara schlug den Bogen über die Hansestadt Hamburg zu Europa und den Herausforderungen der Globalisierung.



Eingeladen waren Gäste aus verschiedensten Bereichen wie z. B. der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Rat, der NATO, den Botschaften und den Regionalvertretungen.

Für musikalische Unterhaltung sorgte in diesem Jahr die

„**Grammophon Jazzband**“ aus Hamburg, die ihren Auftritt

mit den Hymnen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien und der Europäischen Union einleitete und anschließend mit ihrem breiten Repertoire für gute Stimmung im Saal sorgte. • *ea*

Fotos: Herr Kindermann; Copyright FKPH



Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.facebook.com/DeutscheBotschaftBruessel/>

<https://bruessel.diplo.de/>

<https://www.hamburg.de/senatskanzlei/>

Europäische Woche der Regionen und Städte – Sachsens-Anhalts Stimme bei der Eröffnungsveranstaltung

12

Am 8. Oktober 2018 wurde die Europäische Woche der Regionen und Städte feierlich von hohen Vertretern der Europäischen Institutionen in Brüssel eröffnet, darunter **Kommissionspräsident Juncker** und **Kommissarin für Regionalpolitik; Corina Cretu**. Sachsen-Anhalt wurde von Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten.

Präsident Juncker betonte zu Beginn die besondere Bedeutung der Städte und Regionen für die Zukunft Europas sowie der Kohäsionspolitik, um z.B. die europäischen Klimawandelziele zu verfolgen. Dies wurde ebenfalls von Kommissarin Cretu und dem Präsidenten des AdR, Carl-Heinz Lambertz, unterstrichen.

In seiner Funktion als Berichterstatter der AdR-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020 und als Mitglied in der Taskforce der Kommission für Subsidiarität, Proportionalität und „weniger, aber effizienteres Handeln“ betonte Herr StS Dr. Schneider die Bedeutung einer an den Bedürfnissen der Städte und Regionen orientierten Kohäsionspolitik. Die Politik habe aufgrund der hohen Komplexität teilweise an Akzeptanz verloren, weshalb man die Bürokratielasten abbauen müsse. Durch verhältnismäßige, an den Prinzipien der Subsidiarität ausgerichtete Verwaltungsvorschriften schaffe man zudem eine dringend notwendige größere Bürgernähe. In diesem Sinne sollte eine zweite Taskforce für Subsidiarität kreiert werden, um die im Ergebnisbericht der bisherigen Taskforce enthaltenen Vorschläge für Implementierungsverbesserung in der Praxis zu vertiefen. • *df*



EWRC - VA Cohesion and societal Challenges: Success Stories for a more effective policy

im Rahmen der jährlich stattfindenden Europäischen Woche der Regionen und Städte war die **Landesvertretung Sachsen-Anhalt zum wiederholten Mal Gastgeber** am 9. Oktober für eine der Veranstaltungen mit regionalem Schwerpunkt.

Der Titel „Kohäsion und gesellschaftliche Herausforderungen: Erfolgsprojekte für eine effektivere Politik“ wies bereits darauf hin, dass Projekte und Aktivitäten präsentiert wurden, die mit regionalem Bezug eine positive Wirkung für die lokale Bevölkerung entfalteten.



Den Zuhörern wurden Projekterfahrungen aus sieben ländlich geprägten Regionen aus sieben europäischen Mitgliedstaaten erläutert: Die **Partnerregion Sachsen-Anhalts Centre Val de Loire**, Frankreich, stellte langfristig die Internationalisierung und eine breite thematische Aufstellung von Unternehmen und Politik in den Vordergrund. Die weitere **Partnerregion Mazovia**, Polen, warf die interessante Frage auf, inwieweit die Schwerpunktlegung auf Effektivität für bestimmte kleinere Regionen zu einem Auseinanderfallen der

Regionen (und ggf. Mitgliedstaaten) führe und in welchem Maß dagegen Solidarität zu fördern sei. Außerdem schlussfolgerte Dr. Marcin Wajda, dass interne Disparitäten in einer Region ebenso folgenschwer sein könnten wie im Vergleich zu externen Regionen.

Die spanische, mit Sachsen-Anhalt assoziierte **Region Valencia** berichtete über Maßnahmen für Jugendliche und junge Menschen, mit denen ihre Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden, erhöht werden sollen. Dies geschieht mittels kurzfristiger Praxisverträge mit lokalen Verwaltungen und strategischer und psychologischer Hilfe für die zukünftige Bewerbung und Anstellung. Aus der **tschechischen Region Vysocina** wurde ein mehrere Regionen übergreifendes Projekt im Moldaugebiet vorgestellt, das eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Erziehung, Tourismus, Gesundheit und Wirtschaft förderte.





Wales trug einen Bericht über die bessere Nutzung von Synergien und bestehenden Netzwerken für Fördermöglichkeiten und damit für einen Weg zu Diversität und Exzellenz von Forschung, regionaler Verwaltung und Produktion bei.



Die **Region Achterhoek**, Niederlande, demonstrierte, wie junge Fachkräfte auch grenzübergreifend für die regionale technische Industrie durch Öffentlichkeitsarbeit und Innovations-Hubs gewonnen und unterstützt werden können.

Für Sachsen-Anhalt präsentierte Professor Everhard Holtmann das Kompetenzzentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt und die Aktivitäten, die soziale mit technisch orientierter Wissenschaft verbinden. Ziel ist es, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen vor Ort zu verbessern und diese in Sachsen-Anhalt zu halten oder sogar zur Ansiedlung in der Region zu bewegen. Die benannten Beispiele Kunst und Kreativität im Kloster Posa Zeit, urbane Landwirtschaft in Dessau und technische Qualifikation im lebenslangen Lernen in verschiedenen Orten Sachsens-Anhalts sollen die regionale Prosperität unterstützen.



Die in den meisten Fällen durch europäische Fördermittel unterstützten Projekte weckten offenes Interesse untereinander und im fachorientierten Publikum, das zu einer regen Diskussion beitrug. • ml

Europaminister Rainer Robra lädt ein zum „Europaforum im Palais“



Ist die Europäische Union noch ein Zukunftsmodell angesichts zunehmendem europafeindlichen Populismus und Renationalisierungstendenzen? In einer **gemeinsamen Veranstaltung** wollen die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt und die Otto-von-Guericke Universität in einer **offenen Diskussionsveranstaltung am 23. Oktober** um 18 Uhr im Festsaal der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, Hegelstraße 42, 39104 Magdeburg, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas diskutieren.



Wo stehen wir? Wie muss sich Europa verändern? Was erwarten wir von der Europäischen Union? Welche Rolle kann und soll Europa in einer Welt im Umbruch spielen? Die europäischen Zukunftsfragen und ihre Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt diskutieren mit Ihnen **Rainer Robra**, Europaminister des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. **Dr. Eva Heidebreder**, Politikwissenschaftlerin an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg (Lehrstuhl Regieren im Europäischen Mehrebenensystem) und **Sophie Pornschlegel**, Projektmanagerin beim Think Tank Das Progressive Zentrum im Programmbereich Zukunft der Demokratie.

Sie sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren. **Anmeldungen bitte bis 22. Oktober 2018** an europa@stk.sachsen-anhalt.de oder telefonisch unter 0391/567-6695 oder per Fax an 0391/567-6606.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung organisiert der Lehrstuhl für Regieren im Europäischen Mehrebenensystem an der Otto-von-Guericke Universität eine wissenschaftliche Diskussionsveranstaltung zum Zustand und Zukunft der Europäischen Union, in dem wissenschaftliche Einblicke zu den derzeitigen Krisen des Integrationsprojektes und mögliche Reformvorschläge kritisch beleuchtet werden sollen. • *Gastartikel*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Solidaritätskorps - Zahlreiche neue Projekte können jetzt starten

Seit Freitag, dem 5. Oktober, können viele neue Projekte des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) an den Start gehen. Grundlage ist die am 4. Oktober im Amtsblatt der EU veröffentlichte Verordnung zur Bereitstellung einer Rechtsgrundlage und eines eigenen Haushalts für das Europäische Solidaritätskorps, die einen Tag später in Kraft trat. Aus Deutschland haben sich bisher knapp 6.000 junge Menschen für das ESK registriert (Stand 7. September 2018).

Das Europäische Solidaritätskorps ermöglicht es **Menschen und Gemeinschaften in Not zu helfen**, gleichzeitig können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre eigenen beruflichen Fähigkeiten und interkulturellen Kompetenzen verbessern. Im Mai 2017 legte die Kommission einen Vorschlag vor, dem EU-Solidaritätskorps bis 2020 mehr als 340 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen und ihm eine eigene Rechtsform zu geben. Im Juni wurde eine politische Einigung über diesen Vorschlag erzielt, und diese Vereinbarung tritt nun ab morgen in Kraft. Eine erste Ausschreibung für Projekte im Rahmen dieser neuen Struktur wurde bereits im August gestartet. Darüber hinaus hat die Kommission für den Zeitraum 2021-2027 vorgeschlagen, 1,26 Mrd. Euro für das Corps bereitzustellen.



Seit seiner Gründung im Dezember 2016 haben 76.000 junge Menschen Interesse gezeigt, bei Solidaritätsaktionen in ganz Europa zu helfen. Fast 9.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihre Aktivitäten bereits in Projekten begonnen, die sich mit verschiedenen Themen wie Umwelt, Kultur, sozialen Diensten, Flüchtlingshilfe, Unterstützung von Migranten, Kindern oder älteren Menschen befassen.

Welche Projekte können gefördert werden?

Das Spektrum der Projekte, die gefördert werden können, ist breiter denn je. Neben längeren individuellen Freiwilligentätigkeiten, Praktika und beruflichen Tätigkeiten im Solidaritätsbereich sind auch folgende Projekte förderfähig:

- Organisationen können Kurzzeitprojekte für Freiwilligenteams mit einer Laufzeit von 2 Wochen bis 2 Monaten anbieten. Zuvor müssen die Organisationen ein Qualitätssiegel beantragen. Der Antrag hierfür kann jederzeit bei der nationalen Agentur für Erasmus+ oder in bestimmten Fällen bei der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur gestellt werden.
- Nicht nur öffentliche und private Organisationen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat können Mittel beantragen, sondern auch junge Menschen, die sich beim [Portal des Europäischen Solidaritätskorps](#) registriert haben. Wenn sie sich zu einer Gruppe mit mindestens 5 Personen zusammenschließen, können sie eigene solidarische Vorhaben umsetzen.
- Bestimmte Projekte des Europäischen Solidaritätskorps stehen auch Organisationen aus Island, Liechtenstein, Norwegen, der Türkei, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie aus anderen Partnerländern offen. (siehe auch WS 31/18)
- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 4. Oktober 2018](#)

[Factsheet European Solidarity Corps in Action, State of Play, September 2018](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network Irland	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Ein Irisches Unternehmen sucht Hersteller von umweltfreundlichen Verpackungen Ein Online-Einzelhandelsunternehmen, das Geschenkboxen aus Irland in die ganze Welt verkauft, sucht eine Herstellungs- oder Outsourcing-Vereinbarung mit potenziellen Partnern. Die Geschenkverpackungen enthalten 10 Artikel (irische Spezialitäten und andere Geschenkartikel), die in einer Box verpackt und dann versandt werden. Das Unternehmen strebt eine Fertigungsvereinbarung an, um eine neue und kostengünstigere Fertigung für Verpackungen, wie bedruckte Geschenkboxen, Innenverpackungspapier und Verpackungsbeutel, zu finden. Umweltfreundliche Optionen werden bevorzugt! Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/59559dd7-5b20-4506-87af-212b5012958a Referenznummer: BRIE20180711001
Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Ein türkisches Unternehmen ist auf der Suche nach einem Hersteller von Beschichtungsanlagen für Solarkollektoren. Ein türkisches Start-up, spezialisiert auf die Entwicklung innovativer Solaranlagen, sucht



Türkei		<p>im Rahmen eines Herstellungsvertrags nach Beschichtungsanlagen, vorzugsweise nach einer Pilotanlage mit geringer Stellfläche. Das Unternehmen ist bereit, eine solche Anlage für seine F&E Einrichtung zu erwerben und ist offen für Herstellungsverträge hinsichtlich weiterer Kooperationen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/c64d31b1-a33b-46d8-aae3-a8a9365d0ab5</p> <p>Referenznummer: BRTR20180703001</p>
<p>Geschäftliches Gesuch</p> <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Enterprise Europe Network England</p>	<p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Ein britisches Versorgungsunternehmen sucht Lösungsanbieter für die Wasseraufbereitung im Rahmen einer Dienstleistungsvereinbarung.</p> <p>Ein britisches Versorgungsunternehmen ist auf der Suche nach innovativen Lösungen der Wasseraufbereitung, welche ihm dabei helfen, wettbewerbsfähiger zu werden. Die Interessensgebiete umfassen Geschwindigkeitsvorsteuerung, Online Echtzeit Instrumentation der Wasserqualität, invasives Arten-Management wie z.B. Zebrauscheln, Management von Zooplankton und Eisengehalt in Netzwerken. Das Unternehmen ist bestrebt, ein Geschäft zu errichten und durch eine Dienstleistungsvereinbarung zu kooperieren.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/a66382cd-9c26-4117-9a1b-ea36e3768a30</p> <p>Referenznummer: TRUK20180925001</p>
<p>Geschäftliches Angebot</p> <p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Enterprise Europe Network Frankreich</p>	<p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Ein französischer Hersteller von Wasserstoffenergiesystemen sucht nach Handelsvertreter- und Vertriebsvereinbarungen.</p> <p>Das französische Unternehmen entwickelt Wasserstoffspeicher und Wasserstoffenergiesysteme. Damit</p>



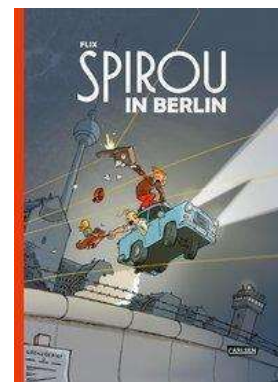
		<p>beherrscht es die gesamte Wasserstoffkette von der Herstellung bis zur Speicherung sowie dessen elektrische Umsetzung durch Brennstoffzellen und Batterien. Das Unternehmen ist an einer Unterauftragsvergabe, Handelsvertretung sowie an Vertriebsvereinbarungen interessiert.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/0fb0696c-2fe2-472a-9ffa-0acefcfb5ece</p> <p>Referenznummer: BOFR20180903001</p>
--	--	--



Tipp - Die Comic-Legende Spirou hat es nach Berlin verschlagen

Ende Juli ist ein neues Abenteuer mit der Comic-Ikone Spirou, dem berühmten Pagen in roter Uniform, erschienen. Die Geschichte spielt sich dieses Mal nicht in Belgien ab, sondern in Berlin, und zum ersten Mal ist es ein deutscher Zeichner, der die Geschichte erfunden und gestaltet hat. Dies ist eine Premiere.

Die Idee zu einem deutschen Spirou-Abenteuer kam den Verlegern des deutschen Carlsen-Verlags und des belgischen Dupuis-Verlags im Hinblick auf Spirous 80. Geburtstag. Es wurde beschlossen, eine Geschichte zu entwickeln, die Spirou und Fantasio nach Ost-Berlin verschlägt.



FLIX, der seit seinem 2003 veröffentlichten Debüt „Held“ zu einem der beliebtesten und vielseitigsten Comic-Künstler Deutschland geworden ist, erhielt den Auftrag und versetzte die Figuren in das Ost-Berlin der Vorwendezeit. Spirou und Fantasio sind in der Geschichte auf der Suche nach dem verschollenen Graf Rummelsdorf und decken dabei höchst merkwürdige Dinge auf. Viele Berliner Sehenswürdigkeiten tauchen in dem Buch auf. So gibt es beispielsweise einen halbsbrecherischen Abstieg von der Turmspitze des berühmten Fernsehturms am Alexanderplatz.

Spirou erblickte am 21. April 1938 das Licht der Welt, um die vom Dupuis-Verlag wöchentlich herausgebrachte Jugendzeitschrift zu beleben. Die Figur des Spirou hat sich zu einer der **Kultfiguren des europäischen Comics** entwickelt.

Es handelt sich um eine der seltenen Figuren, die nicht dem Erfinder sondern dem Verlag gehören. Daher veränderten sich in den 80 Jahren sowohl die Figur als auch ihre Pagenuniform und Umgebung ständig weiter. Angefangen von Rob-Vel, Jijé und Franquin bis hin zu Yoann, Vehlmann, Olivier Schwartz und Emile Bravo im 21. Jahrhundert haben mehr als zwanzig Autoren die Abenteuer des detektivisch veranlagten Hotelpagen und seines draufgängerischen Reporterfreundes Fantasio erzählt.

Nun hat erstmals ein deutscher Zeichner diese Chance erhalten. Dies könnte sich positiv auf den Comic-Markt in Deutschland auswirken.

Die Veröffentlichung von „Spirou in Berlin“ in anderen Sprachen ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit.

FLIX, der mit bürgerlichem Namen Felix Görmann heißt, wurde 1976 in Münster geboren, ist in Darmstadt aufgewachsen und lebt heute in Berlin. Er hat in Saarbrücken und in Barcelona Kommunikations-Design studiert und seine Diplomarbeit mit Schwerpunkt Comic als Jahrgangsbester seiner Hochschule abgeschlossen. Im Anschluss an sein Studium erhielt FLIX an der „Hochschule der bildenden Künste Saar“ eine Dozentenstelle für Zeichneri. Er ist auch als selbständiger Comiczeichner und Illustrator tätig.

Im September und Oktober stellt FLIX deutschlandweit „Spirou in Berlin“ vor. Hier finden Sie alle Termine: <https://www.carlsen.de/comic/96903> • *eag Quelle: Nachbar Belgien August 2018*

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.der-flix.de/>



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge

Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms “Sachsen-Anhalt transnational”.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche: Derzeit laufen in Brüssel die Vorbereitungen für den 12. ASEM-Gipfel (ASEM steht für Asia-Europe-Meeting). Grund genug, um uns diese Woche in mit unserem Nachbarkontinent zu beschäftigen. Das Richtung des Gipfels ist klar: Asien und die EU sollen sich enger vernetzen, vor allem auf Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsebene. Von beiden Seiten bestehe ein großes Interesse an einer besseren Beziehung. Asien wird als Weltregion das größte Wachstum zugesagt und benötigt deshalb gute Partnerschaften zu anderen Kontinenten.



1. Über welchen Verkehrssektor werden die gehandelten Waren zwischen Asien und der EU derzeit am meisten transportiert?
 - a) Luftverkehr
 - b) Schiffverkehr
 - c) Eisenbahnverkehr
2. Für den Luftverkehr sollen künftig Abkommen mit einer Vielzahl asiatischer Staaten zugunsten des Klimaschutzes abgeschlossen werden. Derzeit verhandelt die Kommission dazu gerade mit den ASEAN-Staaten (Englisch: Association of Southeast Asian Nations- Verband Südostasiatischer Nationen). Welche Länder gehören *nicht* zu diesem Staatenbündnis?
 - a) Vietnam und Laos
 - b) Die Philippinen und Malaysia
 - c) Taiwan und Papua-Neuguinea
3. Seit 2014 wurde die Begegnung und der Austausch von und nach Asien durch Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen vermehrt gefördert. Darunter fallen vor allem...
 - a) Maßnahmen für Forschende im internationalen Rahmen
 - b) Maßnahme für den Austausch von Studierenden nach Asien
 - c) Maßnahmen im Rahmen von europäischen und asiatischen Städtepartnerschaften



Antworten

1. b) 70 Prozent des Handels zwischen der EU und Asien werden über den Schiffverkehr abgewickelt und nur 25 Prozent per Flugzeug. Der Eisenbahntransport sei eher weniger von Bedeutung, dieser muss nach Angaben der EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc noch stark ausgebaut werden.

2. c) Die ASEAN-Staaten schlossen sich 1967 mit dem Ziel einer besseren Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft, Politik und Soziales zusammen. Heute wird aber auch über Sicherheits-, Kultur- und Klimathematiken abgestimmt. Im Jahr 2009 beschlossen die Staats- und Regierungsmitglieder der ASEAN-Staaten einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nach EU-Vorbild zu formen. Taiwan und Papua-Neuguinea gehören nicht zum Staatenbündnis.

3. a) Die Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) wurden von der Europäischen Kommission eingerichtet und unterstützen die Mobilität sowie die Karriereentwicklung von Forschenden aus den Bereichen Technik und Management. Daneben sollen die MSCA die Attraktivität von wissenschaftlichen Laufbahnen steigern.

Asien scheint auf den ersten Blick weit entfernt, dennoch gibt es viele Möglichkeiten, die facettenreiche Kultur dort während eines Auslandsaufenthalts zu erleben. GOEUROPE! Informiert hierzu gerne und weltweit.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Beatrice Herrmanns-Wagner (BHW)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	E-Mail
Robin Svoboda (RS)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



SACHSEN-ANHALT

